

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl., monatlich 4,80 zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 zl., monatlich 5,39 zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 zl., Danzig 8 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzelle 15 gr., die einseitige Reklamezelle 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Da. Pl., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorkauf und schwerlichem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847

Nr. 103.

Bromberg, Sonnabend den 7. Mai 1932.

56. Jahrg.

Deutscher Sieg im Memellande (24:5)

Trotz litauischen Terrors — Zunahme der deutschen Stimmen!

Aus Memel sind folgende Ergebnisse bei den am 4. Mai vorgenommenen Wahlen zum Memeler Landtag eingegangen:

Insgesamt wurden 62 000 Stimmen abgegeben. Damit haben sich 97 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Die größte Stimmenzahl erlangte die deutsche Memelländische Landwirtschaftspartei mit 22 819 Stimmen (bei der vorigen Wahl waren es 15 910 Stimmen). Sie wird somit 10 oder auch 11 Mandate erhalten (bei der Landtagswahl vom 10. Oktober 1930 erhielt diese deutsche Agrarpartei 10 Abgeordnete). Damit ist die Memelländische Landwirtschaftspartei wiederum die stärkste Partei im Landtag, während die zweitstärkste Partei, die deutsche Memelländische Volkspartei, ihren Besitzstand (8 Mandate) behaupten konnte. Die Memelländische Volkspartei erhielt diesmal 17 650 Stimmen (bei den letzten Wahlen 13 709).

Die deutschen Sozialdemokraten erhielten 4529 Stimmen (1930: 6880). Sie werden in den Memelländischen Landtag mit 2 Abgeordneten einzuziehen, während sie bisher 4 Mandate innehatten. Dagegen haben die Kommunisten, die sich im letzten Landtag für die deutsche Sache einsetzten, ihre Mandatsziffer von 2 auf 3 erhöhen können. Das letzte durch den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen freigewordene Mandat wird entweder (wie bereits oben angedeutet) der Memelländischen Landwirtschaftspartei zufallen oder der Deutschen Bürgerpartei.

Insgesamt haben also die Deutschen (wie bisher, wenn auch jetzt mit größerer Stimmenziffer) von den 29 Mandaten des Landtags 24 erobert. Davon entfallen 18 bzw. 19 Mandate auf die beiden deutschen Mehrheitsparteien (Memelländische Landwirtschaftspartei und Memelländische Volkspartei), die damit wieder über eine starke absolute Mehrheit verfügen.

Die Litauer haben ihren bisherigen Besitzstand von 5 Mandaten nur erhalten, nicht aber erhöhen können. Dabei ist innerhalb der litauischen Parteien eine Verschiebung eingetreten. Die Litauische Nationalistische Liste, die bei der Landtagswahl von 1930 ohne Mandat ausgegangen war, kann jetzt mit 6868 Stimmen drei Mandate für sich buchen. Die bisher bei den Großlitauern führende Litauische Wirtschaftspartei erhielt nur 4509 Stimmen und zieht mit 2 Mandaten in den Landtag ein. Das Wahlergebnis hat in litauischen Kreisen, die mit einer starken Zunahme der litauischen Mandate rechneten, große Niedergeschlagenheit und Erbitterung hervorgerufen.

Der Termin der Einberufung des neuen Memeler Landtages wurde auf den 27. Mai anberaumt.

„Und die Treue ist doch kein leerer Wahn . . .“

Unsere deutschen Brüder im Memelland haben am Vorabend des Himmelfahrtstages einen Wahlsieg errungen, der von größerer Bedeutung ist als die meisten anderen Wahlsiege unserer nicht mehr allzu demokratischen Zeit. Der eindrucksvolle Sieg der Deutschen in der Memellandwahl ist ein Beweis für die Schwere der Deutschen Regierung und die Notwendigkeit der Signalarmut. Zwar hatte niemand das vorzeitige litauische Triumphgeschrei ernst genommen, das von einer „entschiedenen Haltung“ der Kownoer Regierung den Sturz der deutschen Mehrheit erwartete; aber man hatte selbst im Memellandgebiet kaum geglaubt, angesichts der veränderten Verhältnisse den Bestand der deutschen Mandate in altem Umfang halten zu können. Das ist allem Terror der litauischen Verwaltung zum Trotz in überwältigendem Maße geschehen. Sämtliche Mandate konnten behauptet werden. Die absolute Mehrheit der Deutschen im Memelländischen Landtag ist nach wie vor eine Vier-Fünftel-Mehrheit, diejenige der beiden stärksten deutschen Parteien allein schon eine Zwei-Drittel-Mehrheit geblieben.

Die verstärkte, zum Teil widerrechtliche Einbürgerung Tausender von Großlitauern hat zur Folge gehabt, daß die Deutschen des Memellandes ihre letzte Kraft zusammennahmen, um mit fast hundertprozentiger Wahlbeteiligung ihre Stimmenzahl gegenüber den Wahlen vom Herbst 1930 noch erheblich zu vermehren. Diese Wahlbeteiligung wird nur noch von unseren eigenen Wahlergebnissen bei den Sejmwahlen vom März 1932 übertroffen, wo die Deutschen im ehemals preussischen Teilgebiet überall mehr Stimmen aufbrachten, als ihrer eigenen Wählerzahl entsprach (im Wahlbezirk Nordpommern schätzungsweise 130 Prozent). Auch das Aufstehen von einzelnen Quartierparteiern, die es in allen nationalen Gruppen gibt und die in Memel zur Aufstellung von zahlreichen Splitterlisten führte, hat den Erfolg der bisherigen Hauptpartei nicht beeinträchtigen können. Mit Rücksicht auf die memelländische Wahlordnung, bei der durch Listenverbindung auch kleine Gruppierungen zu einem

Mandat kommen können (bei uns ist das völlig ausgeschlossen) und im Hinblick auf den geschlossenen Wohnsitz einer deutschen Mehrheit in allen Wahlbezirken des Memelgebiets haben freilich solche Splittergruppen keine annähernd gefährliche Bedeutung wie anderswo.

Der außenpolitische Sinn der memelländischen Wahlen kann der Welt nicht verborgen bleiben. Die Fortsetzung des Friedensdiktates von Versailles gerade an diesem Punkte kommt erneut zum lebendigen Ausdruck. Das deutsche Memel, das früher einmal Neu-Dortmund hieß und am 1. August 1252 vom Livländischen Schwertritter-Orden gegründet wurde, hat bewiesen, daß es seither von seiner deutschen Mission im Osten nichts aufgegeben hat. Daß die Mündung und der Unterlauf des Memelstromes von einem anderen Volkstum begrenzt wird als sein Oberlauf, steht keineswegs vereinzelt auf der Landkarte da. An der Weichsel erleben wir das gleiche Bild, aber auch am Rhein und an der Donau. Wenn den Litauern Memel zugesprochen wird, können die Deutschen verlangen, daß man ihnen Antwerpen und das rumänische Mündungs-Delta der Donau zuspricht.

Es ist auch irrig anzunehmen, daß um des Hafens von Memel willen deutsches Volk ohne Abstimmung abgetreten wurde. Man wollte Litauer und Deutsche, ebenso wie die Deutschen mit anderen Völkern durch solche Gebietsabtretungen zu ewigen Feinden machen, jede deutsch-russische Zusammenarbeit ausschalten und dadurch einen Zustand erhalten, der Europa nachweisbar aus dem Gleichgewicht brachte. Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und mit wirtschaftlicher Vernunft hat eine solche Entscheidung nichts zu tun. Ob ihr politisches Ziel erreicht wird, steht dahin und ist trotz der letzten Vorgänge stark zu bezweifeln.

Simmat tritt zurück!

Memel, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Präsident des zurzeit amtierenden großlitauischen Direktoriums Simmat hat auf die Frage, welche Folgerungen er aus dem Wahlergebnis ziehen werde, mitgeteilt, daß er

Die polnische Presse zu den französischen Wahlen.

Ein klares Bild über die Zusammensetzung der künftigen französischen Deputiertenkammer wird man sich erst machen können, wenn die Ergebnisse der am kommenden Sonntag stattfindenden Stichwahlen vorliegen werden. Bis jetzt hat die polnische Presse aller politischen Schattierungen in ihre Leser vor der Linksmehrheit Beunruhigung hineingetragen mit der Behauptung, daß ein französischer Vorkriegsblock, sofern er zustande käme, und die Mehrheit in der Deputiertenkammer erlangen würde, die Erneuerung des französisch-polnischen Bündnisses hinterreiben dürfte. Verschiedene sozialradikale Parteiführer hatten sich auch bereits in diesem Sinne ausgesprochen. Jetzt bemühen sich verschiedene polnische Presseorgane, nachdem eine Anzahl von Teilergebnissen der Wahlen vom vergangenen Sonntag vorliegen, die Öffentlichkeit wieder zu beruhigen mit dem Hinweis darauf, daß von grundsätzlichen Änderungen in der Zusammensetzung der Kräfte im französischen Parlament nicht die Rede sein könne.

So schreibt der „Kurjer Polski“, das der Regierung nahe stehende Organ der polnischen Schwerindustrie u. a.: „Die französischen Wahlen werden die letzten aus der Serie der großen europäischen Wahlen sein, die seit den letzten Wahlen zum deutschen Reichstage die politische Meinung der ganzen Welt von Zeit zu Zeit beunruhigt haben. Von dem Ergebnis dieser Wahlen wird nicht allein das Schicksal der Abrüstungskonferenz, sondern in hohem Maße auch die Gestaltung der Weltpolitik abhängen. Die Stellung Frankreichs in Europa ist heute so stark, daß davon, wer dort regieren wird, ungeheuer viel auf dem Spiele steht und stehen muß.“

Die diesjährigen Wahlen in Frankreich werden sich in einer bedingt friedlichen Atmosphäre abwickeln. Dies sind nicht die Wahlen vom Jahre 1924, da es sich um die ganze Außenpolitik Frankreichs handelte, und vor allem darum, Raymond Poincaré am Ruder zu belassen oder ihn zu beseitigen, es wird sich auch nicht einmal um Wahlen aus dem Jahre 1928 handeln, da Frankreich unter dem Zeichen der Rettung des französischen Franc stand und in den allgemeinen Wahlen dem Retter des Franc, demselben Poincaré, die Gulbigung darbrachte. Die gegenwärtige Regierung könne sich einer solchen speziell hervorragenden Tat rühmen, und es liegt auch nichts vor, was den „Zorn des Volkes“ besonders gegen sie entfachen könnte. Die gegenwärtige Wahlkampagne nimmt daher einen ruhigen Verlauf, und man kann ohne Übertreibung sagen, daß man das Ergebnis dieser Wahlen mit einer mehr fieberhaften Ungeduld in Genf erwartet und wo anders als in Frankreich selbst.

von seinem Posten zurücktreten werde, ohne erst den neuen Landtag die Vertrauensfrage vorzulegen.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur weiter aus Memel meldet, hat sich der Gouverneur Merkys nach Kowno zu einer Konferenz begeben, in welcher die weitere Taktik im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen festgesetzt werden soll.

London, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die englischen Blätter unterstreichen den großen Erfolg der deutschen Parteien bei den Wahlen zum Memellandtag und heben die schwere Enttäuschung hervor, die dieses Wahlergebnis für Litauen bedeute.

Unruhige Wahlnacht in Memel.

Litauisches Militär verhindert Festnahme von Ruhestörern.

Memel, 4. Mai. (Eigene Meldung.) In der letzten Nacht vor der Wahl kam es in Memel verschiedentlich zu Schlägereien zwischen Zettelanklebern der beiden Richtungen. Die litauischen Schaulisten gingen mit offener Gewalt gegen die Wahlplakate der memelländischen Volkspartei vor. In der Nähe des „Memeler Dampfbades“ wurde eine Plakatsäule umgestürzt. Als die memelländische Landespolizei einschritt, stürzten sich die Schaulisten auf die Polizisten und versuchten sie zu entwandeln. Verstärkte Polizeitruppen konnten dies verhindern. Der Versuch der Polizisten, die Ruhestörer festzunehmen, wurde jedoch durch eine litauische Militärabteilung unter Führung eines Offiziers verhindert. An einer anderen Stelle am Theaterplatz konnte die Polizei in der Übermacht der litauischen Jungschützen das Umstürzen eines Plakats der memelländischen Volkspartei nicht verhindern. In der Vibauer Straße überfielen zwei Schaulisten einen Zettelkleber der memelländischen Volkspartei. Dieser zog sich darauf in das Hotel „Zur Hütte“ zurück, wo er einen Freund traf. Als beide gemeinsam hinausgingen, verzogen sich die Litauer, schickten aber eine Militärpatrouille von 6 Mann, die den Zettelankleber verhafteten, obwohl kein Grund dazu vorlag.

Einen wüten Eindruck machten im Stadtbild die furchtbaren Schmierereien der Litauer, die mit Leerfensterscheiben und ganze Häuserfronten verunreinigt haben.

Nach unserer Ansicht ist jedoch nicht damit zu rechnen,

daß die Beteiligung der Radikalen an einer jeden künftigen Regierungskoalition einen großen Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik Frankreichs ausüben werde.

Das, was neulich in Deutschland vorging, konnte nicht ohne Einfluß auch auf die Psyche der Radikalen bleiben. Wird Herr Herriot Ministerpräsident und vielleicht auch Außenminister Frankreichs, so wird sich sein Programm der Außenpolitik nicht wesentlich von dem Programm des Herrn Tardieu unterscheiden. Es wird vielleicht andere Worte und eine andere Form geben, doch der Inhalt wird derselbe bleiben. Der Austritt von einigen radikalen Deputierten aus dem linken Flügel der radikalen Partei dürfte das allgemeine Bild nicht verdunkeln. Nach dem Siege der Nationalsozialisten in Deutschland kann die Außenpolitik Frankreichs keine grundsätzlichen Abweichungen erfahren.“

Denselben Standpunkt vertritt der Krakauer „Inkrowany Kurjer Codzienny“. Er meint, daß die Außenpolitik Frankreichs auch weiterhin von den Sozialisten unabhängig gemacht werden wird und daß man in dieser Beziehung mit keinen ernstlichen Änderungen rechnen dürfe. Die Achse einer jeden Mehrheit, also auch einer jeden Außenpolitik würden die Gruppen Tardieu und Reynaud bilden, die die Politik Poincarés, des großen Steuermanns Frankreichs während des Krieges und eines der Schöpfer des polnisch-französischen Bündnisses, fortsetzen werden. Wer mit einer Regierung des Vorkriegstyps rechnete, müsse die Ergebnisse der französischen Wahlen als eine Niederlage empfinden. (Der „Inkrowany Kurjer Codzienny“ hatte in verschiedenen Artikeln wiederholt mit der Möglichkeit eines Vorkriegstyps gerechnet, ist aber jetzt, ob mit oder ohne Recht, offenherzig genug, sich zu einer Niederlage zu bekennen. D. Red.)

Auch das Wilnaer „Sowo“, ein der Polnischen Regierung nahestehendes Organ der polnischen Monarchisten, ist der Meinung, daß, wenn gleich die bisherigen Ergebnisse der Wahlen in Frankreich noch kein klares Bild der künftigen Kammer ergeben haben, man schon jetzt mit aller Sicherheit annehmen könne, daß es größere Änderungen in der Zusammensetzung der politischen Kräfte in Frankreich nicht geben werde und daß kleine Verschiebungen nach links eine Änderung in der Innen- oder Außenpolitik der französischen Republik nicht nach sich ziehen dürften. Die Idee von Konzentrationsregierungen, die in Frankreich so populär sind, werde weiterhin akzeptiert bleiben und die Taktik,

daß dieser Konzentration in einer stärkeren Zusammenlegung diese oder jene radikale Gruppe beitreten werde, keinen Einfluß auf das Wesen der Regierungen haben.

Neue italienische Rede gegen das Versailler Traktat.

Der Korrespondent des „Kurjer Warszawski“ meldet aus Rom unter dem 28. April folgendes:

Der Deputierte Poverelli (der nächste Mitarbeiter Mussolinis — D. Red.) wies in der Kammer in seinem Bericht über den Etat des Außenministeriums darauf hin, daß das Tributproblem sowie die Probleme der Kriegsschulden und der Abrüstung noch unentschieden geblieben sind und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Lage gewisser Länder, die am Vortage des Bankrotts stehen. Die Unruhe und die Spannung, die sich aus den Friedensverträgen ergeben, teilen Europa immer noch in Sieger und Besiegte, während die Rüstungen einen immer größeren Umfang annehmen. Poverelli zitierte den letzteren in dem Großen parlamentarischen Rat gefaßten Beschluß, betonte die Aktion des Außenministers Grandi und wies auf die Direktiven Mussolinis hin, die in seiner im Juni des Jahres 1928 gehaltenen Rede aufgestellt wurden.

Der Deputierte schloß seine Ausführungen mit der Betonung, daß Italien fordere, den tragischen Kriegserfordernissen ein Ziel zu setzen, die Zollgrenzen aufzuheben, die Donau- und Balkanländer wirtschaftlich wieder aufzubauen. Er meinte schließlich, daß die Revision der Traktate eine im Abgange vorgesehene geschichtliche Notwendigkeit sei.

Die reichsdeutsche Presse versteht diese Ausführungen des Deputierten Poverelli mit umfangreichen Kommentaren, in denen diese Rede unter dem Hinweis darauf,

daß Poverelli der nächste Mitarbeiter Mussolinis sei, als eine offizielle Stimme Italiens bezeichnet und daraus der Schluß gezogen wird, daß Italien in der nächsten Session des Völkerbundes eine große Aktion für die Revision der Traktate einleiten werde.

Die schlechte Politik

der letzten zwölf Jahre.

In der Jahresversammlung der Londoner Handelskammer sprach dieser Tage der englische Handelsminister Runciman über die Weltwirtschaftskrise. Er erklärte u. a., daß eine völlige Erneuerung der internationalen Beziehungen notwendig sei, da alle Länder voneinander abhängig seien. Mit dem Beginn der Tribut- und Kriegsschuldenzahlungen habe die Zerstörung des internationalen Handels begonnen. Der erste große Irrtum sei gewesen, von Deutschland Tributzahlungen in Waren zu fordern. Wenn ein neues Zeitalter für Industrie und Handel kommen solle, so müsse zunächst die schlechte Politik der letzten zwölf Jahre aufgegeben werden. Die völlige Streichung der Tribute und Kriegsschulden sei notwendig.

Vor der Konferenz von Lausanne.

London, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ hat die Englische Regierung bei den Young-Plan-Mächten schon gewisse Richtlinien für das Programm der Lausanner Konferenz in Vorschlag gebracht. Danach sollen zunächst Besprechungen zwischen den früheren alliierten Hauptmächten und Deutschland stattfinden. Die kleineren Mächte sollen erst später zu den Verhandlungen hinzugezogen werden.

Waffenstillstands-Abkommen zwischen Japan und China.

Schanghai, 6. Mai. (P.M.) Hier wurde gestern das Waffenstillstandsabkommen zwischen Japan und China unterzeichnet. Dieses Abkommen macht der im Januar begonnenen feindlichen Aktion im Bezirk von Schanghai offiziell ein Ende. Das Dokument wurde unterzeichnet von dem englischen und französischen Gesandten, ferner von dem chinesischen Hauptdelegierten Kwotfisch, sowie dem japanischen Gesandten Schigemitsu. Kwotfisch, der bekanntlich vor einigen Tagen dem Attentat eines Chinesen zum Opfer gefallen war, legte seinen Namen unter das Dokument in seiner Privatwohnung. Schigemitsu, der bei dem Großen Mordanschlag koreanischer Automaten schwer verwundet worden war, unterzeichnete den Akt im Krankenhauses.

Das japanisch-chinesische Waffenstillstands-Abkommen bestimmt, daß die japanischen Truppen in ihre früheren Stellungen, die sie im Januar eingenommen haben, zurückkehren sollen, während die Chinesen in ihrer gegenwärtigen Frontstellung verbleiben. Auf diese Weise wird zwischen beiden Parteien ein mehr oder weniger breiter neutraler Gürtel gelegt, der die Wiederaufnahme von feindlichen Handlungen verhindern soll. Für die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens sorgt eine zwölfsätige Kommission, der je zwei

Vertreter Chinas, Japans, Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten von Nordamerika angehören.

Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands-Abkommens beschloß das japanische Marine-Ministerium, seine in die Gewässer von Schanghai beorderten Kriegsschiffe allmählich zurückzuziehen. Die japanischen Seestreitkräfte vor Schanghai setzen sich aus hundert Schiffseinheiten zusammen.

Bandentämpfe in der Mandchurei.

Moskau, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Sowjetrussische Meldungen aus Mukden zufolge fand in der Nähe der Ortschaft Tuelau eine dreitägige Schlacht zwischen japanischen Truppenabteilungen und chinesischen „Banden“ statt. Die Chinesen verloren etwa 100 Mann an Toten und Verwundeten und zogen sich zurück. Auf japanischer Seite fielen 6 Soldaten. Nach Meldungen aus Chabin betrug die Verluste der Japaner während eines Kampfes bei Schachhailan am Amursluß 20 Mann. Das japanische Oberkommando beabsichtigt eine Strafexpedition nach Schachhailan und in die Gegend von Dunchuan zu entsenden.

Beratungen eingeleitet worden, welche die Lösung all der bedeutsamen Fragen bringen sollen, die in der nächsten Zeit geregelt werden müssen.

„Haltlose Kombinationen“.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei hatte die Nachricht verbreitet, daß starke Kräfte zu einem „konzentrischen Angriff“ auf die Regierung Brüning“ unter Führung der Generale von Schleicher und von Hammerstein und des Staatssekretärs beim Reichspräsidenten Meißner angefaßt haben. Nach der Korrespondenz, die bekanntlich das parteiamtliche Organ der Bayerischen Volkspartei ist, sollen die Genannten unter Hinweis auf den Ausgang der Preußenwahlen eine radikale Umbildung der Reichsregierung an Heupt und Gliedern verlangen. Kanzlerkandidat sei General von Schleicher selbst, und zwar beabsichtige er ein Militärkabinett zu bilden, zu dem auch Nationalsozialisten gehören sollen.

Die Reichsregierung hat diese Mitteilung bereits demontiert durch eine Erklärung, in der es heißt:

In einzelnen süddeutschen Blättern sind Gerüchte verbreitet, wonach aus Kreisen der Reichswehr und unter Mitwirkung anderer politischer Persönlichkeiten der Sturz des Reichswehrs- und des Reichsministers des Innern betrieben und auf eine radikale Umbildung der Reichsregierung hingearbeitet würde. Von amtlicher Seite wird dazu erklärt, daß es sich hierbei um haltlose Kombinationen handelt. Die in der Öffentlichkeit genannten Personen stellen ausdrücklich fest, daß diese Behauptungen erfunden sind und jeglicher tatsächlichen Begründung entbehren.

Ludendorff verzichtet auf das Ehrenbürgerrecht in Königsberg.

General Ludendorff hat dem Königsberger Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer brieflich mitgeteilt, daß er das Ehrenbürgerrecht der Stadt Königsberg niederlege. Das Ehrenbürgerrecht wurde Ludendorff nach der Befreiung Ostpreußens von den Russen verliehen.

Wie die „D. A. Z.“ erfährt, fühlt sich General Ludendorff gekränkt, weil er glaubt, daß Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer gegen einen Angriff, den Reichskanzler Dr. Brüning am 9. April in seiner Königsberger Rede gegen den General angeht, gerichtet haben soll, nichts zu seiner Verteidigung unternommen habe. Es ist jedoch einwandfrei festgestellt worden, daß Dr. Brüning in seiner Rede Ludendorff überhaupt nicht erwähnt hat, ihn infolgedessen auch nicht angegriffen haben kann.

Polen will auf Unterseeboote nicht verzichten.

Genf, 6. Mai. (P.M.) Die Flottenkommission der Abrüstungskonferenz hat am Mittwoch die Aussprache über die Abschaffung der Unterseeboote beendet. Außer der polnischen Delegation, die den Standpunkt vertrat, daß die Unterseeboote eine Defensivwaffe darstellten, sprachen sich auch die Delegationen Norwegens und Japans und teilweise auch die italienische Delegation für die Beibehaltung der Unterseeboote aus, die ebenfalls der Meinung war, daß es sich hier um eine Verteidigungswaffe handele. Die italienische Delegation gab aber gleichzeitig der Ansicht Ausdruck, daß man die Unterseeboote abschaffen könnte, falls man auch auf die Zinnschiffe verzichten würde.

Zur Anschluß hieran beschäftigte sich die Kommission mit den Unterseebooten. Auch in dieser Frage bestehen große Meinungsverschiedenheiten.

Deutsches Reich.

Hindenburgs neue Amtsperiode.

Das Wahlprüfungsgericht hat die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg am 10. April als gültig erklärt. Der Reichsminister des Innern teilt im „Reichsanzeiger“ diese Entscheidung mit und fügt hinzu:

„Damit hat das Verfahren zur Wahl des Reichspräsidenten seinen endgültigen Abschluß gefunden. Mit dem 6. Mai beginnt die neue siebenjährige Amtsdauer des wiedergewählten Herrn Reichspräsidenten.“

Die neue Amtsperiode ist auf Wunsch des Reichspräsidenten durch keine Feier eingeleitet worden.

Aus anderen Ländern.

Unterzeichnung des russisch-estnischen Nichtangriffspaktes.

Moskau, 6. Mai. (P.M.) Gestern wurde hier der sowjetrussisch-estnische Nichtangriffspakt und ein Pakt für die friedliche Beilegung von Konflikten unterzeichnet. Im Namen der Sowjetunion unterzeichnete die Alte Litwinow, im Namen Estlands der estnische Gesandte Seljamaa.

Kleine Rundschau.

Kraftwagenunfälle fordern 6 Todesopfer.

Budapest, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Donaupost“ aus Klausenburg meldet, ereigneten sich am Himmelfahrtstage in Siebenbürgen zwei schwere Kraftwagenunfälle, die sechs Todesopfer forderten. Bei Klausenburg wurde der Kraftwagen des früheren Flügeladjutanten des Erzherzogs Franz Ferdinand, Major Barth, von einem Schnellzug überfahren. Der Major und seine beiden Begleiter wurden getötet. Bei Szamosuvar stürzte der Kraftwagen des Großkaufmanns Martin Bürger von einer Brücke in den Fluß. Bürger, ein Bekannter und der Kraftwagenführer erkrankten, während sich die Frau des Besitzers retten konnte. An der gleichen Stelle war vor 10 Jahren ein Kraftwagen der tschechoslowakisch-rumänischen Militärkommission ins Wasser gestürzt, wobei neun tschechische und rumänische Offiziere der Tod fanden.

Schneefall über England.

London, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Über Nord-England und Schottland fiel im Laufe des gestrigen Nachmittags Schnee.

Ist der älteste Deutsche der Welt ein Auslandsdeutscher?

DAI Zwei Zeitungsmeldungen der letzten Wochen veranlassen uns zu dieser Frage. Der „Heimatbote“, das Wochenblatt der in den Vereinigten Staaten lebenden Südostrichwaben in Chicago, brachte vor kurzem die Nachricht, daß Franz Hufnagel in Buenos Aires (Argentinien) 100 Jahre alt geworden ist. Hufnagel stammt aus der Weinbauernstadt des Banats, dem früher zu Südbanats gehörenden Berschek, von wo er vor 70 Jahren nach Argentinien ausgewandert ist. Ein noch älterer Auslandsdeutscher soll in San Diego (Kalifornien) leben und dort im letzten Winter unter Teilnahme weiterer Kreise seinen 105. Geburtstag gefeiert haben. Es handelt sich um den Zimmermeister Karl Manz, der vor über 100 Jahren mit seinen Eltern aus einem kleinen Ort bei Dresden ausgewandert sein soll. Über die Feier seines 105. Geburtstages brachten deutsche Zeitungen des Reichs und des europäischen Auslands eine schwungvolle Darstellung aus der Feder von Hans Georg Riesenfahl, doch war es auffallend, daß deutschamerikanische Zeitungen von diesem immerhin außergewöhnlichen Ereignis keine Notiz nahmen.

Die Frage, ob der älteste Deutsche der Welt ein Auslandsdeutscher ist, wie die Aufgabe über die Geburtstagsfeier von Karl Manz in San Diego behaupteten, hat nicht nur literarisches Interesse, sondern auch grundsätzliche Bedeutung. Es ist bekannt, daß die Nachkommen auslandsdeutscher Siedlergeschlechter, die aus Südosteuropa oder aus Rußland über den Ozean nach Amerika ausgewandert sind, in wirtschaftlicher Hinsicht besonders zäh und anpassungsfähig sind, aber auch ebenso treu und fest an der Erhaltung ihrer Sprache und ihres Volkstums halten. Wäre es nicht möglich, daß auch beim Einzelindividuum solcher im Lebenskampf gekämpften auslandsdeutscher Geschlechter die Lebenskraft und die Lebensdauer wachsen? Dagegen darf die hier aufgeworfene Frage durchaus allgemein-deutsches und wissenschaftliches Interesse beanspruchen.

Um Unterlagen zu ihrer Beantwortung zu erhalten, bittet das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart (Haus des Deutschtums), ihm nähere Angaben über Namen, Alter, Beruf, Lebensgang, Abstammung usw. aller mindestens hundertjährigen im Ausland lebenden Deutschen zu übermitteln. Um möglichst Rückfragen zu vermeiden, wird erbeten, die Angaben von einer deutschen Organisation oder amtlichen Stelle bestätigen zu lassen. Das Deutsche Auslands-Institut wird über das Ergebnis dieser Umfrage seinerzeit berichten und ist gern bereit, denjenigen gegenüber, die ihm für die Lösung des Problems wertvolles Material übermitteln, sich mit einer Kalender- oder Büchergabe erkenntlich zu zeigen.

Brünings Bericht.

Der Bericht, den der Reichskanzler Dr. Brüning dem Kabinett über die außenpolitische Lage erstattete, erstreckte sich auf alle Fragen, die in den Genfer Besprechungen mit den ausländischen Staatsmännern behandelt worden sind, vor allem also auf die Abrüstungskonferenz, die Reparationsfrage und das Donauproblem. Danach hat Dr. Brüning in Genf keinen Zweifel an der Bestimmtheit und Klarheit des Standpunktes gelassen, den Deutschland in diesen Fragen einnimmt. Das gilt in erster Linie für das absolute Bestehen auf Gleichberechtigung in der Abrüstung und gilt weiter vor allem auch für das Festhalten an der Linie der deutschen Reparationspolitik. Die Darlegungen Dr. Brünings wurden im einzelnen noch ergänzt durch Staatssekretär Dr. Bülow und Ministerialdirektor Graf Schwerin-Krosigk, der Sachverständiger für die wirtschaftliche und finanzielle Seite des Donauprobblems ist. In der Kabinettsitzung sind nun die

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 6. Mai.

Bewölkungszunahme.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zunehmende Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen und fröhlichen Niederlagen an.

Erwerbslosenhilfe.

Schluss des zweiten Erwerbslosenlehrganges in Langenolingen.

Am 3. Mai schloß nunmehr auch der zweite Erwerbslosenkursus dieses Jahres in Langenolingen, zu dem sich gegen 40 junge Leute aus Polen und Pommerellen durch ihre Pfarrämter gemeldet hatten. Den Kursus, für den sich eine Reihe von Pfarrern dankenswerterweise als Gastredner zur Verfügung gestellt hatten, leitete ebenso wie den ersten Herr Kaschik vom Landesverband für Innere Missionen in Polen unter der treuen Mithilfe des Hausvaters des Johanneims von Langenolingen, Diakon Herrmann. Die Erwerbslosen waren teilweise in ihrem Berufe, teilweise mit Gartenarbeit beschäftigt und hatten Gelegenheit zu geistiger Vertiefung und Fortbildung in täglichen Vorträgen, Arbeitsstunden und wöchentlichen Besessungen. Auf der Schlussfeier wurden das Spiel „Die verstorbene Gerechtigkeit“ von Lorenz, zu dem die Erwerbslosen selbst Bühnenraum und Ausstattung geschaffen hatten, und eine Reihe von vierstimmigen Männerchören zu Gehör gebracht. Mit großer Freude begrüßte man zwei junge Leute des ersten Kursus, die auf Fahrrädern aus der Rogasener Gegend herbeigeekelt waren, um an der Feier teilzunehmen.

§ Scharfschießen veranstaltet am 11. 13. 21. 25. und 28. das 16. Malen-Regiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

§ Neuer Brotpreis. Mit dem 6. d. M. verpflichtet auf Grund einer Verfügung des Stadtpräsidenten ein neuer Brotpreis. Ein Kilogramm Roggenbrot kostet 46,8 Groschen, so daß für ein 3-Pfund-Brot ein Preis von 70 Groschen erhoben werden darf.

§ Eine Versteigerung von Militärpferden findet am 7. Mai um 10 Uhr vormittags auf dem Neuen Markt in Bromberg statt. Zur Versteigerung kommen drei Pferde.

§ Krieg den Ratten! Da sich in der letzten Zeit in Bromberg sehr viele Ratten gezeigt haben, die als Bazillenverbreiter gefährlich sind, hat der Stadtpräsident eine Beschleunigung der Rattenplage angeordnet. Danach sind alle Hausbesitzer bzw. Verwalter oder Pächter, deren Grundstücke im Gebiet der Stadt Bromberg liegen, verpflichtet, Rattengift in zwei Terminen auszuliegen und zwar am 21. und 28. Mai d. J. abends an den Stellen, die dafür am geeignetsten sind und in der Weise, wie sie von den Apothekern und Drogerien empfohlen wird. Besondere Genehmigungen zum Ankauf des Giftes werden nicht ausgegeben. Beim Ankauf des Giftes muß jedoch der Stempel der verkaufenden Firma und das Datum des Erwerbs auf der Verpackung bzw. der Schachtel angebracht werden. Diese Verpackung muß den kontrollierenden Beamten auf Verlangen vorgezeigt werden. In Fällen, in denen dies nicht geschieht, wird angenommen, daß Rattengift nicht ausgelegt worden ist. Von der Auslegung des Giftes sind die Mieter zu benachrichtigen, damit sie eventl. Geflügel und Haustiere in Verschlägen halten können, um so einer Vergiftung dieser Tiere vorzubeugen. Die Verfügung besagt weiter, daß zur Auslegung nur das Gift „Ciaslo fosforowe“ (Phosphor-Teig) zur Anwendung kommen darf. Ferner wird darauf hingewiesen, daß zur Auslegung des Giftes auch die Besitzer von Lebensmittelgeschäften (Fleischer, Bäcker usw. sowie Wollereien) verpflichtet sind. Nichtbefolgung dieser Vorschriften zieht eine Geldstrafe von 60 Zloty oder eine Haftstrafe nach sich.

§ Nach deutschem Muster. Das Ministerium für Post und Telegraphie ist gegenwärtig mit der Reorganisation des Arbeitssystems des Beamtenapparates nach deutschem Muster beschäftigt. In der Hauptsache soll das Publikum zur schnelleren Abfertigung der Schaltergeschäfte entlastet werden. So wird es beispielsweise alle Formulare, die mit der Aufgabe und Empfangnahme von Postsendungen, eingeschriebenen Briefen, Paketen, Wertsendungen in Zusammenhang stehen, selbst auszufüllen haben. Die Postbeamten werden dann in Zukunft diese Formulare nur noch mit Stempel und Unterschrift versehen. Diese und ähnliche Arbeitsmethoden sind bereits seit längerer Zeit mit vollem Erfolg in Deutschland zur Einführung gebracht, sie haben der Postverwaltung viel Arbeitskraft und Zeit erspart und damit auch finanzielle Entlastung gebracht. Den Nutzen hat aber auch das Publikum selbst, da die Abfertigung der einzelnen Parteien viel schneller vor sich geht. Mit der Einführung des neuen Systems ist für den 1. Juni zu rechnen, wobei die Beamten angewiesen werden dürfen, in der ersten Zeit den Postanwesenden beim Ausfüllen der verschiedenen Formulare hilfreich zur Seite zu stehen.

§ Schnaps und Spiritus billiger. Im „Dziennik Witam“ vom 30. April d. J. ist eine Verordnung des Finanzministers veröffentlicht, die neue Preise für Erzeugnisse des Spiritusmonopols festsetzt. Aus der neuen Preislifte ist zu ersehen, daß der Preis für den gewöhnlichen Schnaps und für Spiritus zu Heilzwecken um ungefähr 10 Prozent herabgesetzt wurde. Der Preis für den besseren Schnaps (wódka wyborowa und wódka luksusowa) bleibt weiterhin derselbe. Es kosten von nun ab: Gewöhnlicher Schnaps: a) 35prozentiger — ein Liter 4,80 Zloty, ein halber Liter 2,50 Zloty, ein Viertelliter 1,30 Zloty; b) 40prozentiger — ein Liter 5,80 Zloty, ein halber Liter 2,90 Zloty, ein Viertelliter 1,50 Zloty; c) 45prozentiger — ein Liter 6,80 Zloty, ein halber Liter 3,20 Zloty, ein Viertelliter 1,70 Zloty. Spiritus für Heilzwecke: a) 90prozentiger — ein Liter 12,50 Zloty, ein halber Liter 6,30 Zloty; b) 95prozentiger — ein Liter 13,30 Zloty, ein halber Liter 6,70 Zloty.

§ Rückgang der Zahl der Motorfahrzeuge. Die schweren Verluste, die neben den allgemeinen Krisenerscheinungen für den Stand des Motorfahrzeugwesens in Polen das missglückte Experiment des Begebaufonds im vorigen Jahre mit sich gebracht hat, ergibt sich besonders klar aus der Zahl der mechanischen Fahrzeuge in Polen. Die Zahl dieser Fahrzeuge verringerte sich von 47341 Anfang Januar 1931



Der Frühling fordert

zum Schutze Ihrer durch die winterliche Kleidung verweichte Haut sorgfältige Pflege mit

NIVEA-CREME

Nivea-Creme dringt infolge ihres Euzeritgehalts tief ein, nährt u. kräftigt das Gewebe und regt die Zellstätigkeit an. Sie verursacht also jenen belebenden Impuls, in dessen Verlauf die Haut ihre natürliche Glätte und Spannkraft und damit das geschätzte zarte, jugendfrische Aussehen wieder erlangt. Es gibt keine andere Creme, die das hautverwandte Euzerit, das die Nivea-Creme sozusagen zum naturgegebenen Hauptpflegemittel macht, enthält, und Nivea-Creme kann daher auch nicht durch etwas angeblich „ebenso gutes“ ersetzt werden.

Nivea-Creme: Zl. o. 40 bis 2 60

Freie Stadt Danzig.

Eine Bluttat in Neuteich.

Dienstag nachmittag wurde der Stadtverordnete Gruhn in Neuteich von dem Arbeiter Rudzinski erschossen.

Die Polizei gibt über den Vorfall folgende Darstellung: Am 3. Mai fand in Neuteich Bullenauction statt. Bei dieser Gelegenheit hatte sich der Arbeiter Rudzinski stark betrunken. Nachmittags ging er in die Stadt und wurde unterwegs von mehreren Frauen wegen seiner Trunkenheit ausgelacht. Dieses ärgerte ihn und er beschimpfte die Frauen. Darauf stellte ihn die Frau des Arbeiters und sozialistischen Stadtverordneten Gruhn zur Rede und schimpfte ihn aus. Rudzinski gab der Frau darauf eine Ohrfeige. Frau Gruhn holte ihren Ehemann und ging mit ihm den Rudzinski suchen. Beide trafen Rudzinski vor dem Deutschen Haus. Gruhn stellte Rudzinski zur Rede und schlug schließlich mit einem Schirm auf Rudzinski ein. Zufällig kamen drei Nationalsozialisten vorbei, die sich zu einer Versammlung begaben. Sie ergriffen Partei für Rudzinski, der gleichfalls der Nationalsozialistischen Partei angehört und suchten Gruhn von ihm fortzuhalten. Gruhn fiel hierbei zu Boden. Jetzt zog Rudzinski, der wohl auf äußerste gereizt war, eine Pistole und gab mehrere Schüsse auf Gruhn ab, die ihn töteten. Rudzinski ist festgenommen. Die Mordkommission stellt in Neuteich die notwendigen Erhebungen an.

Keine Rundschau.

Was haben die Steinzeitmenschen gegessen?

Prof. Dr. J. Größ von der Universität Berlin hat Topfgerben aus der frühesten Steinzeit, aus einer Epoche, die etwa 5000 Jahre zurückliegt, untersucht und hat dabei außerordentlich interessante Ergebnisse erzielt. Die Topfreste wiesen außen braune und schwarze Flecken auf. Es lag nahe, daß die Flecke auf Ruß oder Speisereste zurückzuführen sind. Die Flecke erschienen nur an der Außenwand der Scherben, während die Innenseite vollkommen glatt war. Somit mußte der Topf in der Steinzeit auf einem Kohlenfeuer gestanden haben und übergeköcht sein. Durch das Überkochen hatten sich die Speisereste mit dem Ruß vermischt und sind im Laufe der Jahrtausende in der Erde versteinert. Durch eine langwierige chemische Methode hat Prof. Größ diese Reste in ihre Bestandteile zerlegen können. Er ist dabei zu der Feststellung gelangt, daß es sich bei den Speiseresten um einen Brei aus Emmerkorn handelt. Die Steinzeitmenschen brachten das Emmerkorn nach dem jetzigen Deutschland mit. Die Körner wurden fein zerstampft und als Brei genossen. Brot kannte man damals noch nicht. Emmerkorn ist eine Weizenart, die heute noch in Württemberg, Bayern, Baden und Vorarlberg angebaut wird. Die urtümlichen, an denen solche interessanten Feststellungen gemacht worden sind, stammen aus Riez bei Nördlingen. Sie werden im vorgeschichtlichen Museum in Frankfurt a. M. aufbewahrt.

Leutnant Neri, ein italienisches Fluggenie.

Während des bevorstehenden Weltreitens um den Schnelligkeitsrekord in der Luft wird der englische Flieger Stainforth, der Besitzer des Schneidepokals, einen schweren Stand haben. Es ist ihm in der Person des italienischen Fliegerleutnants Neri ein gefährlicher Konkurrent erwachsen. Bei dem letzten Weltflug erreichte Stainforth eine Geschwindigkeit von über 600 Stundenkilometer. Italien hatte damals seine Teilnahme am Weltflug angemeldet, mußte sich aber im letzten Moment zurückziehen. Es hatte sich nämlich während der Probeflüge über den Garda-See herausgestellt, daß die italienischen Flugzeuge die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten. Nach der Austragung des Schneidepokales betrachteten jedoch die Italiener ihre Sache noch nicht als verloren, sondern setzten mit doppeltem Eifer das Training am Garda-See fort. Am 10. Mai soll über dem Garda-See ein Probeflug gemacht werden. Die italienische Presse gibt der Hoffnung Ausdruck, daß bei diesem Flug der 600-Kilometer-Rekord des Leutnants Stainforth bei weitem überboten werden wird. Mussolini, der sich für den Ausgang des Weltfluges persönlich interessiert, wählte zu diesem Zweck den jungen Piloten Neri. Er wird in Italien als Fluggenie bezeichnet. Die italienischen Blätter bringen das Bild Neris und widmen dem jungen Piloten begeisterte Notizen.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Straßer; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heyke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prusogodski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 103 und „Die Scholle“ Nr. 9.

auf 36787 Anfang Januar 1932, das heißt um etwa 22 Prozent. Die Zahl der Automobile sank von 38760 auf 27964 oder um 28 Prozent, davon die Zahl der Privat- und Autotaxi von 19887 auf 13964 oder um 30 Prozent. Die Zahl der registrierten Motorräder, die im ersten Halbjahr des vorigen Jahres von 7940 auf 8525 gestiegen war, verringerte sich im zweiten Halbjahr wiederum auf 8047. Zweifellos hat das Begebaufonds-gesetz im vorigen Jahr zum großen Teil mit zu diesem erschreckenden Rückgang des Standes des Motorfahrzeugwesens in Polen beigetragen. Die Neuformulierung dieses Gesetzes, die in den letzten Wochen erfolgt ist, bringt eine wesentliche Erleichterung. Allerdings ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Motorfahrzeuge trotzdem noch weiter zurück geht, wegen der noch ungeschwächt anhaltenden Krise.

§ Aus dem Gerichtssaal. Zu unserem Bericht über die Verurteilung des Kaufmanns Abraham Burzynski muß nachgetragen werden, daß die Verurteilung wegen Fahrlässigkeit erfolgte. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

§ 18 menschliche Skelette wurden bei der Anlegung des neuen Bahngleises in der Nähe von Dziarnowo ausgegraben. Die Herkunft der Skelette ist bisher noch nicht festgestellt. Sie müssen sich bereits 80 bis 100 Jahre in der Erde befunden haben.

§ Blumen aus der Kirche gestohlen hat eine hiesige Bureauangestellte, die bei Ausführung ihrer verabschiedungswürdigen Tat in der Dreifaltigkeitskirche beobachtet und sodann von der Polizei festgenommen wurde.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Das Kunstturnen der Deutschlandriege am Sonntag, dem 7. Mai, abends 8 Uhr bei Alcinert ist ein ganz seltenes und in der Geschichte unseres heimischen Turnens noch nie dagewesenes Ereignis. Wir können allen unsern Mitbürgern den Besuch dieser Veranstaltung nicht warm genug empfehlen. Neben der vollendeten Kunst der Meister am Gerät werden noch Reigen und gymnastische Vorführungen der Turnerinnen geboten. Bei dem Sommer nach den turnerischen Darbietungen kommt auch das ernste und heitere Turnierlied zu seinem Recht. Es wird empfohlen, sich rechtzeitig Karten im Vorverkauf bei D. Bernide, Buchhandlung, zu besorgen. Nummerierte Plätze 2, alle übrigen Saalplätze 1 Zloty. M. L. B. Bromberg. (4454)

ph Schulz (Solcc), 3. Mai. Auf dem gestrigen Wochenmarkte kostete die Butter 1,50—1,70, Eier 0,90 bis 0,95, Weißkäse 0,30—0,35, Kartoffeln 2,60—3,00.

z Inowroclaw, 5. Mai. In der Zeit vom 9. bis 14. Mai findet in Inowroclaw die Aushebung der Rekruten der Stadt Inowroclaw statt. — Am Montag fuhr das Auto der Firma „Kozbudowa“ auf dem Wege zum Bahnhof gegen eine Gaslaterne, so daß diese umgerissen wurde. Auch das Auto wurde stark beschädigt und mußte mit einem Lastauto abgeschleppt werden. Der Ingenieur sowie der Chauffeur kamen mit leichten Verletzungen davon.

z Mogilno, 5. Mai. Diebstähle. In Mlynic wurden dem dortigen Einwohner Roklman zwei Zentner Fleisch gestohlen. — In Rudzisz drangen Diebe in die Scheune der Gräfin Antela Dabka ein und entwendeten dort 200 Kilo Roggen.

OO Debenke (Debionek), 3. Mai. Das diesjährige Kreisfest des Jugendbundes für entschiedenes Christentum wurde am Sonntag, 1. Mai, in der festlich geschmückten Kirche unter großer Anteilnahme begangen. Bei der Hauptfeier dienten Prediger Schulz, Nakel, Prediger Plat, Falkenthal und Pfarrer Horst, Debenke mit dem Wort. Choräle und Gedichtvorträge verschönten das Fest. Prediger Schulz schloß die Feier mit einem Dank an alle Erhöhenen. Nach den kirchlichen Feiern begaben sich die Jugendbundmitglieder nach dem Pfarrhause, wo sie noch mit Kaffee und Kuchen bewirtet wurden.

OO Rudewitz (Rudewitzka), 5. Mai. Heute Nacht besuchten ungebundene Gäste den verschlossenen Hühnerstall des Landwirts Busse in Glowno und stahlen zehn Gegefühner und einen Hahn. Durch das wütende Anschlagen der Hunde wurde Busse aus dem Schlafe geweckt. Er öffnete ein Fenster, worauf die Diebe, zwei an der Zahl, sich in ihrer Arbeit gestört sahen und die Flucht ergriffen.

OO Polen (Poznan), 5. Mai. Durch einen Steinwurf eines 17jährigen Burschen wurde der jährige Arbeiter John Jey aus der Ziegelstraße 54 an den Kopf getroffen, so daß die Schädeldecke zertrümmert wurde und der Knabe in Lebensgefahr schwebt. Der Täter setzte sich, als er von dem Vater des verletzten Knaben energisch zur Rede gestellt wurde, mit einem Taschenmesser zur Wehr, konnte aber durch eine handgreifliche Lektion zur Raison gebracht und der Polizei zur weiteren Veranlassung übergeben werden. — Spurlos verschwunden ist seit dem 28. v. M. die 22jährige Bureaugehilfin Teofila Bohl. Sie befand sich im Besitz von 250 Zloty. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sie das Opfer eines Verbrechens geworden ist. — Bei der Errichtung eines Zirkuszeltens auf dem fr. Lunapark in Persitz stürzte Kasimir Linkowski aus bedeutender Höhe ab und zog sich einen schweren Bruch des rechten Oberschenkels zu. — In der fr. Dominikanerstraße verfolgte ein Soldat zwei verdächtige Personen, die im Besitze eines umfangreichen Pakets waren. Als diese sich beobachtet sahen, versteckten sie das Paket und machten sich schleunigst aus dem Staube. Das Paket, das Kaffeestoffen enthielt, wurde bald aufgefunden und von der Polizei in Verwahrung genommen. — Der „Goniec Wiekopolski“, ein von kleinen Leuten ebenedem viel gelesenes polnisches Blatt, das vor einigen Wochen seinen Titel geändert hatte, hat mit Beginn dieses Monats wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten sein Erscheinen eingestellt.

Neue Arbeitsgesetzgebung für die Kaufmannschaft.

o. Im Handelsministerium fand in diesen Tagen eine Konferenz der Kommission statt, die zur Zusammenarbeit mit der Kaufmannschaft auf dem Gebiet einer Verwirklichung des Hilfsprogramms für den Handel eingeseht wurde.

Bezüglich der neuen Arbeitsgesetzgebung wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, für die Handelsunternehmen die 48stündige Arbeitswoche einzuführen. In jedem Falle müßten aber die Kaufmannschaft betrieblernen Vorschriften, daß die Arbeitnehmer am Sonnabend nur 6 Stunden beschäftigt werden dürfen, aufgehoben werden.

Bezüglich der Sozialversicherungsreform wurde beschlossen, zu fordern: 1. eine Einschränkung der Leistungen an die Versicherungsanstalten auf ein solches Maß, wie es zur Deckung der unbedingten Erfordernisse notwendig ist.

Die Währungspolitik der Bank Polsti.

Am 4. Mai der Tagung der polnischen Industrie- und Handelskammern in Warschau hielt der Präsident des Verbandes der polnischen Industrie- und Handelskammern, Minister a. D. Gzeflaw Klarnar, eine bemerkenswerte Rede über die Währungspolitik der polnischen Wirtschaftspolitik, in deren Verlauf der Referent auch auf die Währungs- und Kreditfragen einging.

Im Konkurrenzkampf um die ausländischen Märkte fehle Polen eine wichtige Vorbedingung — der billige Kredit. Eine ausdauernde und konsequente Politik der Förderung des Kapitalisierungsprozesses führe allmählich zu einer automatischen Herabsetzung der Zinssätze, Voraussetzung für eine derartige Entwicklung sei eine entsprechende Entwicklung des privaten Bankenapparates.

Zollrückstattung bei der Ausfuhr von Bacon und Schinken.

Zur „Dziennik Ustaw“ Nr. 37 vom 30. April d. J. ist unter Pos. 383 eine Verordnung der Minister für Finanzen, für Handel und Landwirtschaft vom 22. April 1932 erschienen, die bei der Ausfuhr von Bacon und Schinken nach dem Auslande, sofern sie innerhalb des polnischen Zollgebietes erzeugt werden, die Rückstattung von Zöllen mit folgenden Normen vorstelt: Für 100 Kilo Bacon 20 Zloty, für 100 Kilo Schinken 20 Zloty, für 100 Kilo geräucherter Schinken in hermetischer Verpackung 25 Zloty.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polsti“ für den 6. Mai auf 5,924 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polsti beträgt 7 1/2%, der Lombardzins 8 1/2%.

Der Zloty am 4. Mai. Danzig: Ueberweisung 57,10 bis 57,22, Bar 57,12—57,23, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 47,00—47,40, Wien: Ueberweisung 79,41—79,89, Zürich: Ueberweisung 57,70, London: Ueberweisung 32,75.

Warschauer Börse vom 4. Mai. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien — Belgrad, Budapest — Buzarest — Danzig — Seltzingers — Spanien — Holland 361,45, 362,35 — 360,55, Japan — Konstantinopel — Kopenhagen — London 33,03 — 32,71, Newyork 8,899, 8,919 — 8,879, Oslo — Paris 35,13, 35,22 — 35,04, Prag 26,39, 26,45 — 26,33, Riga — Sofia — Stockholm — Schweiz 173,55, 173,98 — 173,12, Tallin — Wien — Italien 46,00, 46,23 — 45,77.

London Umsätze 32,85—32,90. Freihandelskurs der Reichsmark 212,00.

Berliner Devisenkurs.

Table with columns: Offiz. Devisenkurs, Güte drahtlose Auszahlung in deutscher Mark, In Reichsmark 4. Mai, In Reichsmark 3. Mai, Brief, Geld. Lists exchange rates for various countries like America, England, Holland, etc.

Zürcher Börse vom 4. Mai. (Amtlich.) Warschau 57,70, Paris 20,24, London 18,91, Newyork 5,12, Belgien 72,10, Italien 26,47, Spanien 40,70, Amsterdam 208,25, Berlin 122,10, Wien —, Stockholm 94,75, Oslo 95,75, Kopenhagen 103,50, Sofia 3,72, Prag 15,20, Budapest —, Belgrad —, Athen —, Konstantinopel 2,47, Buzarest 3,07, Seltzingers —, Buenos Aires 1,35, Japan 1,70.

Das Frühjahr hat die erwarteten Preisänderungen am polnischen Kartoffelmarkt nicht gebracht. Die Hoffnungen, die man auf die Kartoffelausfuhr setzte, sind im allgemeinen nicht voll erfüllt worden, da die Schwierigkeiten, die an den in Frage kommenden Absatzmärkten der polnischen Ware entgegengetreten sind, von Woche zu Woche komplizierter wurden.

Erschwert wurde die Lage insofern noch, als das Ausland nur ganz hervorragende Waren beansprucht. Es werden nicht allein gesunde Kartoffeln verlangt, sondern es wird darauf geachtet, daß die Kartoffel-Sendung nicht die geringsten Mängel aufweist. Es ist gerade dieser Bedingung wegen in letzter Zeit zwischen polnischen Exporteuren und ausländischen Abnehmern zu unangenehmen Streitfällen gekommen.

Diese Forderungen mußten zu einer Begrenzung des Angebotes von seiten der polnischen Exporteure führen. Sie haben sich ebenso in der Preisgestaltung am einheimischen Markte ausgewirkt.

Bank für Handel und Gewerbe Posen im Krisenjahr 1931.

Der vorstehende Abschluß der Bank für Handel und Gewerbe Posen für das Wirtschaftsjahr 1931, der in der Generalversammlung am 4. Mai d. J. im vollen Umfange angenommen wurde, ist ein Auschnitt der Wirtschaftsvorgänge, die im Jahre 1931 besonders die Banken Europas und Amerikas trafen, und die ihren Niederschlag in allen jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Bilanzen finden.

Das Bruttoergebnis, an dem unsere Filialen (Bydgoszcz, Inowroclaw, Rawicz) entsprechend beteiligt sind, ist aus all den geschilderten Umständen gegen das Vorjahr geringer ausgefallen. Hierzu hat auch die gesetzliche Vorschrift beigetragen, den Reservefonds teilweise in Wertpapieren angelegt zu halten, so daß Kursverluste in Kauf genommen werden mußten.

Der Geschäftserfolg ist im Vergleich mit dem Vorjahr ein recht guter. Die Bilanz der Bank für Handel und Gewerbe Posen für das Jahr 1931 wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt. Die Bilanz zeigt einen Überschuß von 1,1 Millionen Zloty.

Der Geschäftserfolg ist im Vergleich mit dem Vorjahr ein recht guter. Die Bilanz der Bank für Handel und Gewerbe Posen für das Jahr 1931 wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt. Die Bilanz zeigt einen Überschuß von 1,1 Millionen Zloty.

Produktenmarkt.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörse Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 25. April bis 1. Mai 1932 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Table with columns: Märkte, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer. Lists prices for various markets like Warschau, Krakau, Polen, Bemberg, Dublin, etc.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 4. Mai.

Table with columns: Richtpreise, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Sommerweide, Blaue Lupinen, Gelbe Lupinen, Seradella, Fabrikartoffeln pro 100 kg, etc. Lists prices for various grain types and products.

Soko Verladestation werden in Pommern je 100 Kilo 4—5 Zloty, in der Wojewodschaft Posen 3,50—4 Zloty, in allen anderen Wojewodschaften 4 Zloty (ohne Sach) gezahlt. Der englische Absatzmarkt bleibt zunächst in Ermangelung einer anderen Absatzmöglichkeit besonders wichtig.

Die Kartoffelausfuhr nach England hängt jedoch mit den englischen Standardvorschriften zusammen, denen die polnischen landwirtschaftlichen Kreise nicht genügen sind.

- 1. Kartoffelsorten ausfuhr, nach denen in England Nachfrage herrscht (z. B. Centifolia, Wöhltmann, König Eduard, Majestic, Pepo usw.). Vor allen Dingen grobe ovale Knollen ohne Vertiefungen (Söhler) und ohne Flecken; 2. gesunde, fehlerfreie Knollen von einem Mindestdurchschnitt von 2 Zoll; 3. nur ausgefuchte Ware.

Was die anderen Absatzmärkte anbelangt, so hat die Schwere ihren Bedarf nur teilweise in Polen gedeckt, so daß die Höhe der vorjährigen Ausfuhr nach der Schweiz nicht erreicht wurde. Die Exportmärkte Frankreich, Belgien, Österreich usw. liegen im Augenblick tot oder sie haben erhebliche Einfuhrbeschränkungen erlitten, so daß die Ausfuhr kaum den Erwartungen entsprechen wird.

Um die Lage am Kartoffelmarkt Polens und die Preisgestaltung und deren Ausichten voll erfassen zu können, muß darauf hingewiesen werden, daß der inländische Kartoffelabsatz durch die Neuregelung der Spiritusabnahme von seiten des staatlichen Monopols gefährdet ist und daß die Landwirtschaft der Tatsache entgegenkommen muß, entweder seine Absatzmöglichkeit für ihre kommende Kartoffelernte zu finden oder die Anbauflächen einzuschränken, um Verlusten vorzubeugen.

Der Geschäftskreis der Bank hat sich im allgemeinen auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Der Gesamtumsatz der Bank mußte sich mit Rücksicht auf die gesamte Wirtschaftslage dementsprechend verringern. Dies erklärt sich auch zum Teil durch den Zeitsturz vornehmlich der landwirtschaftlichen Produkte.

In der Gewinn- und Verlustrechnung belaufen sich die Bilanzsummen auf 750 000 (923 000), die Steuern auf 136 000, die vereinnahmten Zinsen und Provisionen auf 1,96 Millionen Zloty. Der Überschuß von 168 348,11 Zloty wurde für Abschreibungen auf Debitoren-Konto verwendet.

Bericht über die Generalversammlung der Bank.

In der am 4. 5. M. in den Räumen der Bank für Handel und Gewerbe Posen (Poznan) abgehaltene Generalversammlung waren 1942000 Zloty nominell von dem 2000000 Zloty betragenden Aktienkapital vertreten. Nach Erhaltung des Geschäftserfolgs und Vorlegung der Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1931 wurde der Abschluß von der Generalversammlung einstimmig genehmigt und dem Vorstande sowohl, als auch dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Rottee ohne Flachsleide bis 97%, gereinigt 220,00—250,00, roher Weißtee 250,00—350,00, roher Weißtee bis 97%, gereinigt 375,00 bis 475,00, Luxus-Weizenmehl 51,00—56,00, Weizenmehl 4/0 46,00 bis 51,00, Roggenmehl 1 45,00—46,00, Roggenmehl II 34,00—35,00, grobe Weizenleite 18,00—18,50, mittlere 17,75—18,25, Roggenleite 18,00 bis 18,50, Leintuchen 22,50—23,00, Rapskuchen 17,00—17,50, Sonnenblumenkuchen 18,00—18,50, doppelt gereinigte Seradella 30,00—32,00, blaue Lupinen 15,00—16,00, gelbe 20,50—22,50, Peluschken 26,00—27,00, Weide 25,00—26,00.

Umsätze 1005 to, davon 250 to Roggen. Tendenz anhaltend.

Danziger Getreidebörse vom 4. Mai. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd., 17,25, 128 Pfd. 16,90, Roggen 16,90, Braugerste 14,50—15,50, Futtergerste 14,20—14,50, Hafer 14,30—14,50, Vitoria-Erbsen 14,00—18,00, grüne Erbsen 20,00—25,00, Roggenleite 11,00, Weizenleite 11,00 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Preise haben keine Veränderung erfahren.

Waidlieferung.

Weizenmehl, alt 28,00 G., 60% Roggenmehl 28,00 G. per 100 kg.

Berliner Produktenbericht vom 4. Mai. Getreide- und Delfaaten für 1000 Kilo, ab Station in Goldmark: Weizen märk., 77—76 Kilo, 273,00—275,00, Roggen märk., 72—73 Kilo, 198,00—200,00, Braugerste 187,00—194,00, Futter- und Industrieergerste 179,00—186,00, Hafer, märk. 163,00—168,00, Mais —.

Gesamt tendenz ruhig.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 4. Mai. (Amtl. Marktbericht der Preisnotierungskommission.) Es wurden aufgetrieben: 650 Rinder, 1520 Schweine, 584 Rälber, 340 Schafe; zusammen 3094 Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht in Zloty (Preis für Viehmarkt Posen mit Handelszulassen): Rinder: Ochsen: vollfleischig, ausgem. Ochsen von höchstem Schlachtagew., nicht angep., 76—84, vollfleischig, ausgem. Ochsen bis zu 3 J., 70—74, junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 58—64, mäßig genährte junge, gut genährte ältere 44—50, Bullen: vollfleischig, ausgemästete von höchstem Schlachtagewicht 70—76, vollfleischig, jüngere 64—68, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 52—58, mäßig genährte 42—50, Rinder: vollfleischig, ausgemäst. von höchstem Schlachtagew. 76—82, Mastfleisch 68—74, gut genährte 42—50, mäßig genährte 32—40, Ferkeln: vollfleischig, ausgemästete 80—84, Mastfleisch 70—76, gut genährte 58—64, mäßig genährte 46—54, — Jungvieh: gut genährtes 42—50, mäßig genährtes 34—40, Rälber: beste ausgemästete Rälber 70—80, Mastälber 60—68, gut genährte 52—58, mäßig genährte 42—46, Schafe: Stallschafe: Mastschaf und jüngere Mastschaf 60—66, gemästete, ältere Schafmel und Mutterchafe 45—54, gut genährte —, alte Mutterchafe —, Schweine: Gemästete 120—150 Kilogramm Lebendgewicht 118—120, vollf. von 100—120 Kilogramm Lebendgewicht 112—114, fleischige Schweine von mehr als 80 Kilogramm Lebendgewicht 90—100, Sauen und späte Kastrate 112—120, Bacon-Schweine 96—100, Bacon-Schweine loco Verlade-Station I. Kl. 86—90, II. Kl. 80—84.

Der Warm um Danzig

ein Polen erwiesener Dienst.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Von den alarmierenden Meldungen der „Daily Express“ und des „Daily Herald“, wonach am 1. Mai beinahe eine polnische Invasion in Danzig erfolgt wäre, die glücklicherweise auf einen Wink aus Paris hin widerrufen worden sei, erfuhr Warschau erst am 2. d. M. und nahm sie mit völliger Teilnahmslosigkeit auf. Das ist psychologisch leicht zu erklären. Das Publikum ist von überpefferten Propaganda-Artikeln und Sensationsnachrichten so sehr übersättigt, daß es nicht mehr recht weiß, wann es seine Pflicht sei, sich aufzuregen. Aber wie sehr man auch hierzulande über die außenpolitischen Belange des Staates orientiert ist und insolge dessen vielleicht manches Unglaubliche zu glauben imstande wäre, so ist doch festzustellen, daß die Phantasie der breiten Massen der polnischen Bevölkerung keine bestimmte Richtung für ihre Unheilserwartungen gewählt hat. Das Unheil, das man vorausfühlt, hat nicht das Gesicht eines konkreten Konflikts, am wenigsten eines Konflikts — wegen Danzig. Kennt man Dinge n, so reagiert das Empfinden vieler Leute sofort und lebhaft, aber Danzig ist für sie ein gar zu verwickelter Ideenkomplex. Der Durchschnittsbürger begreift wahrhaftig nicht, um was es sich eigentlich in all den Streitsachen mit und wegen Danzigs handelt, die zu so vielen Entrüstungsartikeln in manchen Zeitungen Anlaß geben. Er weiß nur ungefähr: Dahinter steckt der Deutsche. Aber wo steckt der Deutsche eigentlich nicht? Warum soll man sich also gerade wegen Danzig den Kopf zerbrechen?

In der reichsdeutschen Presse wurde aus Anlaß der „Daily Express“-Meldung über den nicht zustande gekommenen „Einbruch“ in Danzig an die seinerzeitige Expedition Zeligowski gegen Wilna erinnert, um die Möglichkeit einer ähnlichen Unternehmung gegen Danzig darzutun. Es kann keine falschere Analogie geben. Damals waren alle günstigen Bedingungen dafür vorhanden, daß Polen eine vollendete Tatsache schaffte. Die Volkswirtschaften waren eben von Polen geschlagen, die Stimmung im Lande war großartig, alle hindernden Kräfte gebunden, und schließlich — das ist doch die Hauptsache — war das Wilnaer Land wenn nicht überwiegend polnisch, so doch alles eher als litauisch. Wie grundverschieden von den damaligen Umständen sind die jetzigen Verhältnisse bezüglich Danzigs!

Was könnte Polen mit einem Einbruch in Danzig bezwecken? Was könnte es zu erreichen hoffen? Man stelle sich nur die Situation vor, die geschaffen wäre, wenn Polen durch verkleidetes Militär sich Danzigs bemächtigen und es besetzen würde. Würde es sich nicht vor der ganzen Welt ins Unrecht setzen und Deutschland den größten Dienst leisten, den man sich nur denken kann? Könnte Frankreich einem angreifenden Polen Bestand leisten? Würde Polen nicht sofort zumindest diplomatische Interventionen der Hauptmächte Europas heraufbeschwören, was zwangsläufig die Änderungen am Statusquo der Versailler europäischen Ordnung, gegen welche sich Polen mit allen Kräften wehrt, in Gang bringen müßte. Und würde Deutschland gelassener Zuschauer bleiben? Und wie leicht könnten dabei aus diplomatischen Ungeschicklichkeiten sich direkt in einen Weltbrand führende Situationen ergeben?

Am unfinnigsten ist die irgendwo ausgesprochene Annahme, daß der Anschlag gegen Danzig irgendwelche von der Regierung unabhängigen oder gegen ihren Willen handelnde Organisationen geplant haben könnten. Die Schützen und andere offizielle waffentragende Organisationen sind militärisch kontrolliert und den maßgebenden offiziellen Faktoren unbedingt gehorsam. Die oppositionellen Nationalisten aber vom Obwiewol, auch wenn sie sich phantastischerweise in ein gefährliches Unternehmen gegen den Willen der Regierung einzulassen Lust hätten, verfügen höchstens über „Streitkräfte“ zur Inszenierung eines kleinen Judenpogroms unter Inanspruchnahme der Toleranz der Polizei. Kurz: der ganze Einfall war ein Knäuel von Undenkbarekeiten — wenigstens vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes aus.

Heute, da die Sache mit dem polnischen Einfall in Danzig schon an der Weltglocke hängt, wird der Durchschnittspole, den viel mehr die Frage, ob er morgen zu essen haben wird, als die ganze Weltpolitik einschließlich Danzigs interessiert, durch die Zeitungsnachrichten über den seltsamen Fall aus seiner Apathie aufgeschreckt; er beginnt, aufmerksam die offiziellen Kommentare zu lesen und ist geneigt, sich die offizielle Deutung zueigen zu machen.

Die Regierung kann sich Glück wünschen, daß ihr plötzlich durch den Weltalarm wegen Danzigs ein sicher unerwarteter, innerpolitischer und möglicherweise auch ein außenpolitischer Erfolg in den Schoß gefallen ist. Sie ist auch ganz guter Laune, was aus den spöttischen Ausführungen der „Gazeta Polska“ ersichtlich ist, die dem Hohen Kommissar Gravina eine ihr „wirkliches und herzliches Beileid ausdrückt“.

Die Entscheidung des Grafen Gravina.

Die Vorwürfe der polnischen Presse sind nicht stichhaltig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 3. Mai 1932.

Bei all den ungerechten Urteilen polnischer Blätter, die über den Hohen Kommissar anläßlich seiner vorläufigen Entscheidung über den Danziger Veredelungsverkehr gefällt wurden, ist das des „Kurjer Warszawski“ besonders abwegig und irreführend. Das Blatt hat in seiner Nr. 94 behauptet, Graf Gravina habe geurteilt, ohne sich an Sachverständige um ihre Meinung zu wenden. Und ebenso abwegig sind die Auslassungen der „Gazeta Polska“ in Nr. 90, daß Graf Gravina den Antrag Polens auf Entscheidung verschleppt, daß die Danziger Zollverwaltung die

Gehorsamspflicht gegenüber der polnischen Zentralzollverwaltung verlegt habe bezüglich deren Maßnahmen über den Veredelungsverkehr, auf den Antrag Danzigs aber in blühartigem Tempo seine Entscheidung gefällt habe. Der Hohen Kommissar habe sein Verfügungsrecht überschritten und sich in das Gebiet der gesamt-polnischen Zollpolitik gedrängt, wo niemand anders als der polnische Finanzminister zu entscheiden habe.

Die letzte Behauptung zuerst! Zwar heißt es in Artikel 202 des Warschauer Abkommens, daß „die polnische Zentralzollverwaltung die Beobachtungen, deren weitere Verfolgung sie zur Durchführung ihrer Kontrollbefugnisse nach Art. 14 des Vertrages für erforderlich hält, der Danziger Zollverwaltung zur Stellungnahme mitteilen“ wird. Soweit diese dem Ersuchen nicht entspricht, steht der polnischen Zentralzollverwaltung das Recht der Entscheidung zu“ usw.

Aber dieser Artikel ist nur einer von vielen, die das Verhältnis der Danziger Zollverwaltung zur polnischen Zentralzollverwaltung regeln. Es ist selbstverständlich, daß die polnische Zentralzollverwaltung ihre Entscheidungen nur

im Rahmen der vertraglichen Bestimmungen.

Geschieht das nicht, so ist das Verfahren durch Artikel 39 des Pariser Vertrages geregelt, der besagt:

„Jede zwischen Polen und der Freien Stadt auftretende Meinungsverschiedenheit in bezug auf diesen Vertrag oder alle anderen späteren Abmachungen, Vereinbarungen und Abkommen, oder alle die Beziehungen Polens und der Freien Stadt berührenden Fragen soll von der einen oder anderen Partei der Entscheidung des Hohen Kommissars unterbreitet werden, der die Angelegenheit, falls er es für nötig erachtet, an den Rat des Völkerbundes verweisen kann“ usw.

Es ist also nicht so, daß der Hohen Kommissar sein „Verfügungsrecht“ überschritten hat und sich in das Gebiet der gesamt-polnischen Zollpolitik „gedrängt“ habe, denn die Fassung des Art. 30 der Pariser Konvention läßt keinen Zweifel aufkommen, daß auch die Zollfragen in das Entscheidungsgebiet des Hohen Kommissars gehören. Es ist also auch nicht so, daß „niemand anders als der polnische Finanzminister zu entscheiden“ habe. Man sollte sich also in der Redaktionsstube der „Gazeta Polska“ erst einmal die Verträge ansehen, bevor man derartige nicht stichhaltige Behauptungen in die Welt setzt.

Daß der polnische Finanzminister ein Entscheidungsrecht nur im Rahmen der Verträge hat, versteht sich von selbst. In Artikel 197 Ziffer 45 wird bestimmt: „Sollte nach Abschluß dieses Abkommens die polnische Regierung eine Änderung der Zollgesetzgebung, des Zolltarifes oder einer der Verordnungen des Abs. 1, soweit sie den

Veredelungs-, Niederlage- und Stundungsverkehr

betreffen, vornehmen wollen, so wird sie rechtzeitig den Vertretern der Regierung der Freien Stadt sowie den von ihr ernannten Vertretern der Interessentenkreise Gelegenheit zur Äußerung geben. Vor der Änderung sonstiger Zollbestimmungen werden die Vertreter der Regierung und der Interessentenkreise der Freien Stadt insoweit gehört werden, als auch die Vertreter der Interessentenkreise der Republik Polen gehört werden. Die Regierung Polens wird in ihren Zollgesetzen und in ihren Zolltarifen die Interessen der Freien Stadt nach Möglichkeit schützen.“

Und das Zusatzabkommen vom 21. 12. 21 sagt in § 5 ausdrücklich noch weiter über den Veredelungsverkehr — und darum dreht es sich jetzt gerade —: „Als Veredelungsverkehr wird auch behandelt, wenn Danziger Betriebe Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigfabrikate aus dem Auslande einführen und die daraus erzeugten Fabrikate oder eine gleiche Menge von Halbfabrikaten bzw. Ganzfabrikaten oder Waren derselben wieder in das Ausland zurückführen. Einführen der genannten Materialien usw. genießen Zollfreiheit.“

In der Anlage II zum Warschauer Abkommen heißt es ferner u. a. in Art. 18 Ziffer 1: „... wird Danziger Betriebe, die zur Zeit des Abkommens das Recht hatten, solche Waren zollfrei einzuführen, dieses Recht unter den bisherigen Bedingungen weitergemährt“. Ziffer 2 sichert den Danziger Firmen das gleiche Recht für den passiven Veredelungsverkehr, um den es bei dem Streitfall geht.

Es sind also dem polnischen Finanzminister ausdrücklich mehrfache Beschränkungen bezüglich des Danziger Veredelungsverkehrs auferlegt für seine Anordnungen, an die er sich, wenn seine Verfügungen unangefochten bleiben sollen, zu halten hat.

Nun macht aber Danzig Polen den Vorwurf,

daß Polen sich seiner Verpflichtung entzogen habe, die Freie Stadt vor Änderung des Zolltarifes „zu hören“

und daß die Interessen der Freien Stadt durch die polnische Zollpolitik, die einseitig zugunsten der polnischen Industrie die Zollsätze hinauffekte, nicht von Polen „geschützt“ wurden; daß der Danziger Regierung und den Interessentenkreisen Danzigs keine „Gelegenheit zur Äußerung“ gegeben wurde; daß einseitiger Zollnachlaß für polnische Firmen, die Danziger Handelsfirmen konkurrenzunfähig gemacht habe; daß durch Maßnahmen der polnischen Zentralzollverwaltung den Verträgen entgegen Danziger Firmen aus dem polnischen Innerehandel ausgeschaltet würden; daß die polnische Zollverwaltung Danzig das ihr vertraglich zustehende Recht freitrag mache, sogar Rohstoffe oder Halbfabrikate, die auf Eigenbedarf der Konsumenten im Rahmen der

Blutwallerungen, Herzbecklemmung, Atemnot, Angstgefühl, Nervenschwäche, Migräne, Schwindel, Schlaflosigkeit können durch den Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef“-Bitterwassers oft beseitigt werden. In Apotheken und Drogerien erhältlich. (2456)

Produktionsfähigkeit“ der Danziger Industrie bezogen wurden, in Danzig für den Absatz nach Polen zu verarbeiten, und daß schließlich das Recht zur Fortsetzung des Veredelungsverkehrs, das seit 10 Jahren unbeanstandet blieb, verwehrt wird.

Es ist also Danzigs Recht, in allen solchen Fragen die Entscheidung des Hohen Kommissars anzurufen.

Noch im September vorigen Jahres stand offenbar auch Polen auf diesem Standpunkt.

denn am 15. September 1931 erhob bekanntlich Polen in einem Antrag auf Entscheidung Einspruch gegen diesen Danziger Veredelungsverkehr. Und da vor der Entscheidung am 9. Januar 1932 eine Verordnung des polnischen Finanzministers erschien, die der Freien Stadt als eine Präjudizierung der beantragten Entscheidung erschien, erhob sie ihrerseits Antrag auf Entscheidung unterm 20. Januar 1932, daß diese Verordnung eine action directe darstelle, den Polen mit einem Antrag parierte, daß die Nichtausführung der Anordnung des polnischen Finanzministers vom 30. 10. 1931 eine action directe der Freien Stadt Danzig darstelle.

Nun ist es üblich, daß ein solcher Antrag der Gegenpartei zur Kenntnis und Äußerung vom Hohen Kommissar zugeleitet wird. Von einer „Verschleppung“ kann also ebensowenig eine Rede sein wie von einer „blühartigen Entscheidung“, denn die vorläufige Entscheidung wurde gefällt zwei Monate nach dem Danziger Antrage. Behandelt wurden zunächst überhaupt nur die beiderseitigen besonders dringlichen Anträge auf Entscheidung einer action directe. Und was tat nun der Hohen Kommissar? Eben das, was der „Kurjer Warszawski“ als zweckmäßigen Weg ansieht, nämlich „Sachverständige um ihre Meinung zu fragen“, und von dem das Blatt behauptet hatte, daß er ihn nicht beschritten habe. Im Einvernehmen mit der polnischen (!) und der Danziger Regierung ersuchte Graf Gravina einen „neutralen Sachverständigen“, der berufen ist, gemeinsam mit den von den Parteien zu bezeichnenden Sachverständigen die gesamten Fragen zu prüfen, die den Gegenstand des Antrages der Polnischen Regierung vom 15. 9. 31 bilden“, nämlich den ungarischen Ministerialrat A. Fattinger, sein Gutachten abzugeben über die beiderseitigen Anträge auf Entscheidung wegen der action directe.

Das alles hätte der „Kurjer Warszawski“ wissen müssen, wenn er sich die Mühe genommen hätte, die Entscheidung des Hohen Kommissars auch nur durchzulesen, in der das alles steht! Das gleiche gilt für die „Gazeta Polska“. Graf Gravina läßt also den Gesamtkomplex der Fragen prüfen, nimmt nur die Dringlichkeitsanträge sachgemäß für eine vorläufige Entscheidung voraus, in der er ausdrücklich feststellt, daß seine Bemühungen gescheitert seien, „eine vorläufige Regelung der Streitfragen, die den Gegenstand der weiter noch erwähnten Anträge auf provisorische Entscheidung bilden, herbeizuführen (bis die Fragen von allgemeiner Bedeutung, die den Gegenstand des polnischen Antrages vom 15. 9. 31 bilden, auf gutlichem Wege oder, falls das nicht möglich, durch Entscheidung geregelt sind)“.

Die Vorwürfe der beiden polnischen Blätter gegen den Hohen Kommissar waren also, wenn nicht unverantwortlich gewissenlos, geradezu bössartig. In seiner vorläufigen Entscheidung sagt Graf Gravina ausdrücklich:

„Ich nehme das Gutachten, das mir auf mein Ersuchen von Herrn Ministerialrat Fattinger erstattet worden ist, nach sorgfältiger Prüfung an“

und entschied sich damit zugunsten des Danziger Antrages. Ministerialrat Fattinger hatte nun dem Hohen Kommissar ein sehr ausführliches Gutachten erstattet, in dem er eingehend die Darstellungen beider Staaten über die Streitfrage rekapitulierte, eingehend im Wortlaut die vertraglichen Grundlagen anführte, die für die Entscheidung in Frage kommen, um dann erst seine Stellungnahme ausführlich zu begründen. In Kürze einiges daraus:

Er legte dar, die Entscheidung, ob ein in Danzig ausgeübter

passiver Veredelungsverkehr

— soweit es sich um Betriebe handelt, die zur Zeit des Warschauer Abkommens hierzu schon das Recht hatten — zulässig ist oder nicht, gehört nach dem Warschauer Abkommen in die Kompetenz des im Abkommen vorgesehenen paritätischen Ausschusses. Tauchen Meinungsverschiedenheiten über das Wirken dieses Ausschusses auf, sind sie der Entscheidung des Hohen Kommissars zu unterbreiten. Diesen Standpunkt nahm auch der diplomatische Vertreter Polens in Danzig in seiner Note vom 15. 9. 31 ein. Abweichend von diesem Standpunkt forderte das polnische Finanzministerium am 30. 10. 31 in einer Anordnung die Danziger Zolldirektion auf, die von dem Ausschuss bemängelten Veredelungsverkehre binnen einer bestimmten Frist aufzulösen. Die Frage, ob die angeordnete Auflösung sich auf tatsächlich unzulässige Veredelungsverkehre beziehe, ist a limine auszuschalten. Bei der Frage, ob eine Danziger action vorliegt, ist nur zu prüfen, ob die in der Anordnung sich kundgebende Handlungsweise des polnischen Finanzministeriums den vertraglichen Rechtsgrundlagen entspricht. Das ist nicht der Fall, denn laut Ziffer 4a und b Zollfragen der Genfer Vereinbarungen hat die polnische Zentralzollverwaltung nur bezüglich aller die Zollgesetzgebung betreffenden „allgemeinen Maßnahmen“, die auf alle polnischen Zolleinheiten Anwendung finden, das Recht, die Durchführung solcher Maßnahmen auch im Streitfalle bis zu dessen Beilegung zu fordern. Nun aber schon das Warschauer Abkommen für Danzig bezüglich des passiven Veredelungsverkehrs ein Sonderrecht. Selbst der Titel dieser Bestimmungen lautet

